

Mit den GRÜNEN geht es walddpolitisch in die Sackgasse – schade eigentlich!

DIE GRÜNEN haben gerade noch rechtzeitig zum Bundestagswahlkampf ein „Papier“ erarbeitet, das mit dem programmatischen Anspruch „Die Zukunft für die heimischen Wälder sichern“ antritt. [Zukunft für die heimischen Wälder sichern - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN \(gruene.de\)](#)

Die spannende Frage lautet: Was kommt auf die Waldbesitzer zu. Eine Analyse.

1. Der Praxistest für Forderungen, Vorwürfe und Behauptungen

Grüne Forderung: *Mehrschichtigkeit mit möglichst dichter Krone*

Das ist ein Widerspruch in sich: Große Kronen dunkeln den Unterwuchs aus. Aber große Kronen entstehen, wenn rechtzeitig und intensiv gepflegt und durchforstet wird. Nur muss man dann auch den Mut haben, die zielstarken Bäume zu nutzen. Erst dann entsteht bei angepassten Wildbeständen die nächste Waldgeneration. Ob diese mehrschichtig ist oder nicht, hat mit der Klimastabilität nichts, mit waldbaulicher Ideologie aber sehr viel zu tun. Für welche waldbauliche Nutzungsstrategie, ob Femel- Schirm oder Plenterhieb, sich der Waldeigentümer entscheidet, sollte die Politik ruhig diesem überlassen.

Grüne Forderung: *Deutlich mehr Altbäume*

Die traurige Realität lautet, dass Altbäume am stärksten vom Hitzestress betroffen sind. Rat der Praktiker: Den Wald aktiv verjüngen. Altbäume entschlossen nutzen, wenn sich natürliche Verjüngung gesichert und am liebsten differenziert unter ihnen eingestellt hat.

Grüne Forderung: *Keine massenhafte Pflanzung nicht heimischer Baumarten aus anderen Erdregionen*

Die Douglasie wird seit über 200 Jahren im deutschen Wald angebaut. Zunächst versuchsweise, später im größeren Stil. Sie ist die Nadelbaumart, die am wenigsten unter dem Klimawandel leidet. Zudem lässt sie sich hervorragend mit den heimischen Baumarten Fichte, Tanne, Buche und Bergahorn kombinieren. Daher der Rat aus der Praxis: Die Douglasie, wo immer sie sich wohlfühlt, als Mischbaumart aktiv pflanzen. Im Übrigen gilt: Was spricht dagegen, etwa Tannenarten oder Zedern im Rahmen von Versuchsanbauten den neuen klimatischen Bedingungen auszusetzen? Vielleicht gibt es ja noch Alternativen zur Douglasie, die wir noch nicht kennen. Im Übrigen: So weit entfernt ist ja etwa das Nachbarland Frankreich nicht, das einige Erfahrung zum Beispiel mit der Libanonzeder besitzt.

Grüner Vorwurf: *Scheckbuchpolitik setzt kaum Ansätze für den Waldumbau*

Die Realität: Viele Waldbesitzer hatten und haben angesichts der enormen Holzverluste in ihren Wäldern keine Zukunftsperspektive. Andere litten unter dem massiven Holzpreiseinbruch und konnten allenfalls mit Mühe über die Runden kommen. In dieser Phase hat die Bundeswaldprämie zumindest für die kleineren Forstbetriebe etwas Linderung gebracht, um wenigstens die laufende Kosten bestreiten zu können. Größere

Erwerbsforstbetriebe und Kommunen wurden aufgrund der de-minimis Vorgabe ohnehin von der Prämie ausgeschlossen.

Grüne Behauptung, bei der PEFC-Zertifizierung seien ökologische Standards nur sehr vage formuliert.

Die Realität: Die faktischen Unterschiede zwischen den beiden Zertifizierungssystemen sind marginal. Die wesentliche Differenz liegt darin begründet, dass Naturschutzverbände und Gewerkschaften bei PEFC kein Mitspracherecht besitzen. Nur deshalb akzeptieren auch die den Naturschutzverbänden nahestehenden GRÜNEN das in Deutschlands Privatwäldern bei weitem vorherrschende PEFC-Zertifikat nicht.

Grüner Vorwurf: Anreize zur Totalberäumung von Schadflächen verhindert klimagerechte Wälder

Die Realität: Ohne Nutzung der Schadbäume verliert der Waldbesitzer sein Holzkapital und damit die Möglichkeit, neue Wälder zu begründen. Überdies reicht das Samenpotential im Waldboden oft nicht aus, um qualitativ akzeptable Jungbestände zu begründen. Ohne dass das abgestorbene Altholz geräumt wird, kann die Fläche weder zum Pflanzen noch zum Pflegen gefahrlos betreten werden. Zudem ist die Einbringung von bisher nicht vorkommenden Mischbaumarten, wie gerade der Douglasie, nur möglich, wenn die Fläche zuvor weitgehend geräumt wurde. Hingegen wäre es eine gute Idee, einzelne Totholzbäume als Schattenspender, Wasserspeicher sowie Habitat für Insekten und Vögel auf der Fläche zu belassen. Hier ist mit beispielsweise mit 5 % der Stämme, um die bei der nachfolgenden Kulturpflege herumnavigiert werden kann, schon viel gewonnen.

2. Die ordnungsrechtliche Keule soll es richten: Gesetzliche Mindeststandards führen den Weg in die Enteignung der Waldbesitzer

Die Partei DIE GRÜNEN wollen alle Waldbesitzer im Rahmen der Sozialpflichtigkeit ihres Eigentums gesetzlich zwingen, entschädigungslos Mindeststandards einzuhalten, die als „gute fachliche Praxis“ bezeichnet werden. Damit einher geht eine für Waldbesitzer inakzeptable Bevormundung, die in die Enteignung ihres Besitzes führt. Dies kann anhand der grünen Forderungen verdeutlicht werden:

a) Stämme einzeln ernten, anstatt ganze Flächen auf einmal kahl zu schlagen

Diese Forderung folgt dem Ideal des sogenannten Plenterwaldes. Hierbei handelt es sich um eine extrem arbeits- und kostenaufwendige Form der Waldbewirtschaftung, die nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen funktioniert und funktionieren kann. In der Forstgeschichte gibt es eine ganze Reihe von Versuchen, waldbauliche Ideale per orde du mufti auf großer Fläche umzusetzen. Sie sind allesamt im Desaster geendet. Deshalb: Wer den Plenterwald in der Breite des deutschen Waldes gesetzlich vorschreiben will, zeigt seine fachliche Unkenntnis.

b) Jungbäume sollen ohne Verbisschutz wachsen können

Eine wunderbare Forderung, der man sich nur bedingungslos anschließen möchte. Allein: Die Realität sieht genau andersherum aus. Faktisch befinden sich gerade in

den Gebieten mit den höchsten Rotwildvorkommen die meisten geschädigten Flächen. Auf den schon bald mit Schlagflora zuwuchernden Flächen wird sich das Steppentier Rotwild ebenso wie auch das Rehwild wohlfühlen und sich explosionsartig vermehren. Schon heute sind die Waldbesitzer machtlos gegenüber der jagdlichen Realität. Die Partei DIE GRÜNEN sollte dringend ein Papier zur Jagd erstellen und darin erklären, wie sie dem verbreiteten Missstand überhöhter Schalenwildbestände in Deutschland begegnen will. Ein Rat hierzu aus der Praxis: Wie wäre es mal zur Abwechslung mit Deregulierung? Die Waldbesitzer benötigen viel mehr Rechte, um sich selbst wirksam gegen überhöhte Wildbestände wehren zu können. Da gibt es im Jagdrecht wahrhaftig viel zu tun!

c) Waldböden dürfen nicht durch tiefe Furchen und Verdichtung geschädigt werden. Der Rückegassenabstand soll breiter werden.

Welcher Waldbesitzer schädigt freiwillig seinen Wald, indem er mutwillig Bodenverdichtungen durch eine flächige Befahrung anrichtet? Holz ist ein sehr schweres Gut. Es lässt sich leider nicht von der Fläche zaubern oder von Hand tragen. Moderne Forstmaschinen mit Niederdruckbreitbereifung sind waldfreundlicher als beispielsweise Pferdehufe. Außerdem werden die Maschinen im Rahmen der Feinerschließung strikt auf permanenten Rückegassen eingesetzt. Von einer flächigen Befahrung kann auch im Zuge der Kalamitätsholzernte in der Breite Deutschlands keine Rede sein.

Die Forderung, den Rückegassenabstand breiter (als 20 m?) werden zu lassen, geht an der Realität der hochmechanisierten Holzernte, zu der es schon aus Kostengründen keine Alternative gibt, vorbei, denn der Greifarm des Harvesters kann nur 10 m weit operieren. Andernfalls bedarf es der Zufällung. Bei Durchforstungen schlägt die Forderung der GRÜNEN mit Mehrkosten bei der Holzernte von rd. einem Drittel zu Buche. In Altbeständen hingegen sind weitere Rückegassen ohnehin Realität, weil hier nur selten hochmechanisiert gearbeitet werden kann.

d) Der zulässige Holzeinschlag soll nicht allein am Vorratszuwachs, sondern gleichrangig am langfristigen Erhalt der Ökosystemstabilität orientiert werden.

Das klingt gut. Leider fehlt es an einfach einsetzbaren Indikatoren, um Ökosystemstabilität zu messen. Zudem: Gegen Großkalamitäten, die den Wald derzeit nicht heimsuchen, weil die Förster und Waldbesitzer geschlafen haben, sondern weil die Wetterextreme unsere trägen Ökosystemen schlichtweg überfordern, hilft auch der beste Ökoindikator nichts. Im Gegenteil: Stillgelegte, überbevorratete und ungepflegte Wälder sind nicht stabiler als aktiv bewirtschaftete Forsten. Deshalb wäre es sinnvoll, den Waldbesitzer staatliche Anreize zukommen zu lassen, die sie zum Sichern der Kulturen und zu Pflege und Durchforstung des Jungwaldes motivieren. Gepflegter Wald ist klimastabiler Wald!

e) Breitbandinsektizide haben im Wald nichts zu suchen

Nein, das haben sie wirklich nicht. Und kein Waldbesitzer schützt gerne sein Holz gegen den Borkenkäferbefall, denn das ist zeitaufwendig und teuer. Aber was soll er

denn tun, wenn sein Holzkunde ihn mit der raschen Holzabfuhr im Stich lässt? Die einzige Möglichkeit besteht darin, das Holz so schnell wie möglich aus dem Wald auf Nassläger zu fahren. Genau diese dürfen aber nicht mehr begründet und betrieben werden, weil dem wasser- und naturschutzrechtliche Gründe entgegenstehen. Gerne würde man im Papier der GRÜNEN lesen, was die Partei tun will, um den unbürokratischen Aufbau zusätzlicher Nassläger zu ermöglichen. Bisher leider Fehlanzeige.

f) Die Entwässerung von Wäldern muss beendet werden

Niemand wird hier widersprechen, wenn es die Grünen in der nächsten Bundesregierung schaffen, den Waldbesitzern das Schließen der Entwässerungsgräben, die zusammenbrechenden Bestände und den erzwungenen Baumartenwechsel vom Nadelwald zum Erlenbruch zu bezahlen. Im Übrigen realisiert der sich derzeit vor allem in Süddeutschland explosionsartig ausbreitende Biber genau die Forderung der Grünen – leider ohne dass die Waldbesitzer (außer in Bayern) hierfür entschädigt würden.

3. Keine Angst bei Habeck vor der Gelddruckmaschine: Grüne Vorstellungen kosten 100 Mrd. Euro

Das Grüne Klimawaldprogramm sieht vor, dass Waldbesitzer eine *Regenerationsprämie* erhalten sollen, wenn sie auf die Holznutzung auf Schadflächen verzichten.

Wir fragen, ob den Autoren des Papiers, immerhin Wunschfinanzminister Robert Habeck und Klimaschutzminister mit Vetorecht Harald Ebner, klar ist, um welche Gelder es bei dieser Forderung geht?

Zur Zeit ist das Schadholz auf einem Hektar Wald ca. 50.000 € wert. Der ad ultimo prolongierte Produktionswert einer Nadelholzfläche beläuft sich auf mindestens den gleichen Betrag. Aktuell verzeichnet die bundesweite Schadflächenbilanz etwa 400.000 ha – Tendenz steigend. Werden die GRÜNEN 40 Mrd. € allein für die Regenerationsprämie im Bundeshaushalt finden? Wie war das mit der Scheckbuchpolitik?

Weiter soll ein *Wildnisfonds* für Naturwald eingerichtet werden. Fünf Prozent der deutschen Waldfläche sollen in diesen eingebracht werden.

Gehen wir davon aus, dass in etwa der o.g. Wert als Entschädigung benötigt wird, um die Waldbesitzer zur Einbringung ihrer Flächen im Rahmen der „attraktiveren Vertragsnaturschutzprogramme“ zu motivieren, werden bei 11,4 Mio. ha Waldfläche für die rd. 600.000 ha weitere 60 Mrd. benötigt.

Schließlich soll eine *Zukunftswaldprämie* eingeführt werden. Von dieser sollen aber nur die Waldbesitzer profitieren, die bei ihrer Bewirtschaftung über die von den GRÜNEN definierte gute fachliche Praxis hinausgehen. Weil dies angesichts der massiven Restriktion kaum möglich sein dürfte, andererseits aber vor dem Hintergrund der für Klimawaldprogramm und Wildnisfonds benötigten Summe ohnehin kein Geld mehr vorhanden sein dürfte, muss man sich über dieses Förderinstrument wohl keine Sorgen mehr machen.

Mit Erstaunen nimmt man zur Kenntnis, dass die GRÜNEN auch in Zukunft den wertvollen Rohstoff Holz nutzen wollen. Man reibt sich angesichts der zuvor aufgestellten Ideen verwundert die Augen, denn was man bisher gelesen hat, reimt sich ausschließlich auf Stilllegung. Auch wenn uneingeschränkt unterstützenswert ist, die Holzforschung zu fördern und Hürden bei der Holzverwendung in Gebäuden abzubauen, gehören die meisten anderen Forderungen in den Bereich des Wolkenkuckucksheims. Dies gilt vor allem für die Anregung, die energetische Nutzung von Holz einzuschränken und gegen die Nutzung von Fasern für Papier und Verpackungen zu Felde zu ziehen: Durchforstungsholz ist meist zu schwach, um im Sägewerk verarbeitet werden. Die Papierindustrie ist der einzige Kunde für dieses wichtige Produkt der Forstbetriebe, denn ohne Durchforstungen werden junge Wälder nicht stabil erzogen. Beim Laubholz hingegen können bis zu 90 % der insgesamt bei der Ernte anfallenden Baumbestandteile nicht anders, als als Brennholz genutzt werden. Zudem: Auch wenn Holz Kohlendioxid enthält, das bei der Verbrennung freigesetzt wird, so ist dies doch allemal besser, als fossile Energieträger wie Erdöl oder Erdgas zu verbrennen.

Fazit: Offensichtlich haben sich die prominent besetzten Autoren des GRÜNEN Waldprogramms sehr einseitig beraten lassen. Vermutlich von Deutschland bekanntesten und unterdessen auch finanziell erfolgreichsten Förster. Mit Waldbesitzern haben DIE GRÜNEN jedenfalls nicht gesprochen oder sie legen auf deren Meinung keinen Wert. Schade eigentlich. Denn gegen die Herausforderungen des Klimawandels für Wald und Forstwirtschaft können Staat und Politik nur mit Waldbesitzern aber nicht gegen diese erfolgreich angehen. Zu einem ergebnisoffenen Dialog sind die Waldbesitzer jedenfalls stets bereit!